

Auszug

**Sammlung
der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse
der 173. Sitzung
der Ständigen Konferenz der Innenminister
und -senatoren der Länder**

**am 21. November 2003
in Jena**

Hinweise:

Sofern im Folgenden Beschlüsse oder andere Dokumente von Arbeitskreisen und anderen Gremien der IMK bzw. von Bund und Ländern nicht ausdrücklich als zur Veröffentlichung freigegeben gekennzeichnet sind, wird darum gebeten, von Nachfragen abzusehen, da diese Unterlagen nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben werden können.

Für Beschlüsse anderer Fachministerkonferenzen gelten die dortigen Vorgaben zur Handhabung dieser Unterlagen.

2. Rückkehr irakischer Staatsangehöriger

Beschluss:

1. Die Innenminister und -senatoren der Länder nehmen den Bericht (*mündlich gegeben*) des Bundesministers des Innern über die gegenwärtige Lage im Irak zur Kenntnis.

2. Die Innenminister und -senatoren der Länder und der Bundesminister des Innern werden die Anstrengungen der Übergangsverwaltung und der internationalen Staatengemeinschaft zum Wiederaufbau des Irak und der Errichtung einer demokratischen staatlichen Ordnung weiter unterstützen. Sie bekräftigen ihren Appell an die in Deutschland lebenden irakischen Staatsangehörigen, sich daran aktiv zu beteiligen, indem sie ihr Wissen und Können den Menschen in ihrer Heimat zur Verfügung stellen. Die freiwillige Rückkehr hat Vorrang vor zwangsweisen Rückführungen in den Irak. Sie wird im Rahmen der bestehenden Rückkehrförderungsprogramme REAG und GARP von Bund und Ländern verstärkt gefördert.

3. Die Innenminister und -senatoren der Länder bitten den Bund, die Länder über die weitere Entwicklung der Lage zu unterrichten, damit die Ausländerreferenten des Bundes und der Länder rechtzeitig ein abgestimmtes Konzept zur Rückführung ausreisepflichtiger irakischer Staatsangehöriger vorlegen können, sobald eine zwangsweise Rückführung möglich ist. Sie bitten den Bund darüber hinaus, die Voraussetzungen für die Rückführung von Straftätern und sonstigen Personen, die die innere Sicherheit gefährden, frühestmöglich zu klären.

Protokollnotiz BW, BY, BB, HB, HH, HE, NI, SN, SL, ST, TH:

Der Bundesminister des Innern wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge unverzüglich Widerrufsverfahren zumindest in den Fällen durchführt, in denen die Ausländerbehörden oder andere öffentliche Stellen darum ersuchen.

4. Rückführung von Flüchtlingen nach Afghanistan

Beschluss:

1. Die IMK nimmt die Berichterstattung des Bundesministers des Innern über die aktuelle Lage in Afghanistan zur Kenntnis.
2. Sie bekräftigt die bisherige Beschlusslage der IMK zu Afghanistan.
3. Ein Rückführungsbeginn möglichst noch im Frühjahr 2004 sollte angestrebt werden.

Protokollnotiz HH:

Hamburg behält sich ausdrücklich vor, ab Frühjahr 2004 über die Fälle von Straftätern sowie die innere Sicherheit gefährdenden Personen hinaus auch weitere allein stehende männliche afghanische Staatsangehörige zurückzuführen.

Protokollnotiz NW, RP und SH:

Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein halten angesichts der politischen Entwicklung in Afghanistan jedwede Ankündigung eines möglichen Rückführungsbeginns für verfrüht.

**6. Einrichtung einer dateigestützten Passabgleichstelle;
Probleme in Verbindung mit der Rückführung ausländischer Staatsangehöriger**

Beschluss:

Die IMK bittet den Bundesminister des Innern, die von der IMK in ihrer Sitzung am 15.05.2003 zu TOP 7 erbetene Gesetzesänderung unverzüglich vorzubereiten und nach dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zum Zuwanderungsgesetz einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Protokollnotiz BMI:

Angesichts der gegenwärtigen Erörterungen und Arbeiten über biometrische Merkmale - auch in der EU - behält sich der BMI Änderungen im Detail gegenüber dem Beschluss vom 15. Mai 2003 vor.